

SVP/FDP-Fraktion vom 11. Mai 2017

Begründung:

Die laufende Ortsplanungsrevision stellt auf strategischer Ebene eines der wichtigsten Geschäfte, wenn nicht sogar das wichtigste, der aktuellen Legislaturperiode dar. Am 17. September 2015 hat der Stadtrat daher einem Verpflichtungskredit von CHF 3'350'000.00 einstimmig zugestimmt. Zusammen mit den Wirtschaftsverbänden Thuner KMU, Handels- und Industrieverein Sektion Thun, HEV Thun und Arbeitgeberverband Wirtschaftsraum Thun und Oberland hat die SVP/FDP-Fraktion dem Verpflichtungskredit zugestimmt und gleichzeitig gefordert, dass innerhalb der OPR einen speziellen Fokus auf die Wirtschafts- und Gewerbefreundlichkeit gelegt wird und dass die zusätzlichen Stellen nach Abschluss der Arbeiten wieder abgebaut werden¹. Seither verfolgt die Fraktion die laufenden Arbeiten kritisch und konstruktiv.

In letzter Zeit mehren sich aber Hinweise aus der Bevölkerung, der Thuner Politik und aus Fachkreisen, was die Projektführung und die eingeschlagene Richtung der OPR betreffen. Für grössere Diskussionen hat die für Aussenstehende überhaupt nicht nachvollziehbare Auflösung des Arbeitsverhältnisses mit der ehemaligen Stadtplanerin gesorgt. Dieser Abgang war umso überraschender, als es doch ihr Aufgabe gewesen ist, das Dossier OPR zu leiten und massgeblich zu prägen. Zudem ist fraglich, ob mit den bisherigen OPR-Anlässen die breite Bevölkerung erreicht werden konnte. Der Fraktion ist es wichtig zu betonen, dass es nicht darum geht, die aktuelle Projektleitung OPR zu kritisieren – sie hat nun die Aufgabe, die OPR zielgerichtet weiterzuentwickeln.

Schliesslich wird mittels einer kürzlich eingereichten Aufsichtsbeschwerde an den Thuner Regierungsstatthalter moniert, dem ebenfalls zur Direktion für Stadtentwicklung gehörende Fachausschuss Bau- & Aussenraumgestaltung (FBA) komme bei Bauvorhaben entgegen der gesetzlichen Grundlagen² de facto Entscheidungskompetenz zu, was Bauherren und Planer bevormunde und letztendlich die Frage nach der demokratischen Legitimation aufwerfe. Dabei ist die Kritik am FBA nicht neu – von aussen hat man nicht den Eindruck, als hätte der Gemeinderat auf die ausdauernde Kritik entsprechend reagiert. Nicht zuletzt ist auch das Zusammenspiel der verschiedenen im Bau- und Planungsbereich tätigen Behörden und Akteure für ein erfolgreiches Gelingen der OPR entscheidend.

Von aussen entsteht so der Eindruck, als komme die zuständige gemeinderätliche Direktion nicht zur Ruhe. Dabei befindet sich die Stadt Thun im Moment in einer äusserst wichtigen Phase, was die zukünftige Entwicklung der Stadt betrifft: mit der OPR werden die Weichen für die künftige Stadtentwicklung gestellt. Daneben warten andere Schlüsselareale (Casino, Lachen, Thun-Süd, Schadau, etc.) seit nun mehreren Jahren darauf, dass der Gemeinderat zukunftsorientierte Arealentwicklungen an die Hand nimmt.

Die SVP / FDP-Fraktion erachtet es als ihre Pflicht, im Rahmen der parlamentarischen Aufsicht über den Gemeinderat und die Stadtverwaltung, kritische Fragen zu stellen und hinzuschauen, wenn der Eindruck entsteht, Projekte und Abläufe würden nicht optimal funktionieren. Dabei

¹ Vgl. Medienmitteilung der Thuner Wirtschaftsverbände und der SVP/FDP-Fraktion vom 14. September 2015, online abrufbar unter: http://svp-thun.ch/images/content/aktuell/MM_OPR.pdf.

² Vgl. Art. 1 Abs. 2 und Art. 3 der Verordnung über den Fachausschuss Bau- und Aussenraumgestaltung (SSG 72.16).

möchte die Fraktion betonen, dass sie den Gemeinderat in konstruktiver, aber auch kritischer Weise, bei der Weiterentwicklung unserer Stadt, insbesondere auch in Bezug auf die OPR, unterstützen möchte. Sie ruft den Gemeinderat daher auf, mit einer klaren Strategie mutig und zielgerichtet voranzugehen und die Weiterentwicklung unserer Stadt zielstrebig an die Hand zu nehmen.

Die SVP / FDP-Fraktion bittet daher den Gemeinderat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was meint der Gemeinderat zum immer wieder gehörten Vorwurf, die Stadt begnüge sich im Moment mit dem Verwalten, ausser den planerischen Arbeiten zur OPR sei in den letzten Jahren wenig Konkretes in Bezug auf eine zukunftsgerichtete Stadtentwicklung gemacht worden?
2. Wie stellt der Gemeinderat nach dem Abgang der Stadtplanerin die Führung, die Kapazität und das Know-How des Planungsamtes kurz-, mittel- und langfristig sicher? Gedenkt der Gemeinderat, die Stelle eines Stadtplaners / einer Stadtplanerin öffentlich auszuschreiben? Falls ja, wann?
3. Wie beurteilt der Gemeinderat die Leistung des Planungsamtes in den vergangenen Jahren allgemein und in Bezug auf die laufende OPR? Ist der Gemeinderat der Meinung, der Auftritt des Planungsamtes sei kundenorientiert? Findet der Gemeinderat, den Anliegen der Wirtschaft und des Gewerbes wird in planerischer Hinsicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt?
4. Wie gedenkt der Gemeinderat sicherzustellen, dass die laufende OPR die Unterstützung der Thuner Öffentlichkeit, insbesondere auch im Hinblick auf eine mögliche Volksabstimmung, erhält? Welche Massnahmen sind geplant?
5. Wie stellt der Gemeinderat die mittelfristige strategische Führung des Planungsamtes sicher, insbesondere unter einer möglichen veränderten Direktionsführung ab 2019?
6. Hat sich der Gemeinderat darüber Gedanken gemacht, ob nicht andere Organisationsstrukturen im Planungsamt möglich oder sogar notwendig sind?
7. Welche externen Mandate unterhalten das Planungsamt und die Direktion für Stadtentwicklung gegenwärtig? Welche Rolle spielen frühere Kaderangestellte der Stadtverwaltung heute im Planungsamt? Hat der Gemeinderat Kenntnis von laufenden oder früheren Mandaten solcher ehemaliger Kaderangestellten nach deren Ausscheiden aus dem Amt? Wie beurteilt der Gemeinderat diese Mandatsverhältnisse?
8. Wie stellt sich der Gemeinderat zu der ebenfalls regelmässig auftauchenden Kritik am Fachausschuss für Bau- und Aussenraumgestaltung in Bezug auf dessen demokratisch nicht legitimierten de facto-Entscheidungskompetenz, welche Bauherren und Architekten bevormundet? Ist der Gemeinderat gewillt, Massnahmen zu ergreifen, um auf die andauernde Kritik am FBA zu reagieren?

Thun, 11. Mai 2017

Dringlichkeit wird nicht verlangt.

The bottom of the page features several handwritten signatures and notes in blue ink. On the left, there are two signatures. In the center, a large signature is written over the word 'Wien'. To the right, there is a signature that appears to be 'Michael Jank' and another signature below it. There are also some scribbles and other marks, including the number '4.10' and some illegible text.